



## Oberstufenreform: Kommt Kompromiss in der KMK?

Bayern will nach den Worten von Kultusministerin Monika Hohlmeier (CSU) nicht aus der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) aussteigen. „Wir müssen das Gremium reformieren“, sagte die CSU-Politikerin. Die KMK müsse sich auf Schwerpunktthemen wie Mindeststandards für das Abitur und den mittleren Bildungsabschluss konzentrieren und den Ländern Spielräume zur Erhöhung des Bildungsniveaus lassen.

Hohlmeier meinte, die anderen Länder dürften der Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems etwa bei der Oberstufenreform nicht entgegenstehen. „Wir müssen die Schulen fit machen für das nächste Jahrtausend und unsere Schülerinnen und Schüler auf den internationalen Wettbewerb vorbereiten.“ Eine qualitative Fortentwicklung an bayerischen Schulen dürfe nicht behindert werden. „Erst wenn das passiert, käme ein Ausstieg als letztes Mittel in Betracht“, sagte Hohlmeier.

Sehr zuversichtlich beurteilte Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan die Aussichten für eine Genehmigung der geplanten Oberstufenreform durch die KMK. Sie sei davon überzeugt, dass in der Kultusministerkonferenz bald ein Kompromiss gefunden wird, der dem Land die geplante Oberstufenreform erlaubt.

Die von Schavan geplante Oberstufenreform sieht – ähnlich wie das bayerische Modell – unter anderem vor, ab Klasse zwölf Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache wöchentlich vierstündig zu unterrichten und die Abiturprüfung auf fünf Fächer auszuweiten. Einer der Gründe dafür sind die Klagen von Hochschulen und Arbeitgebern über schlechte Kenntnisse der Schulabgänger in Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen. Während unter anderem die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren Schavans Pläne unterstützt, gibt es Widerstand in der Kultusministerkonferenz. Eine Einigung wäre aber nötig, damit das baden-württembergische Abitur bundesweit anerkannt wird.

Sie rechne noch in diesem Jahr mit einer Lösung, die den einzelnen Ländern mehr Spielräume bei der Gestaltung der Oberstufe ermöglicht, sagte Schavan. „Niemand hat Interesse an einem Alleingang“, unterstrich sie. Aber es gebe inzwischen in fünf Bundesländern Ansätze für Veränderungen der Oberstufe: in Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg. Notwendig sei eine Rahmenvereinbarung, in der die Standards für Schularten und Bildungsabschlüsse festgelegt werden.

Für Baden-Württemberg hält Schavan eine Änderung des bestehenden Oberstufenreformsystems auch deshalb für wichtig, weil Schüler in großen städtischen Gymnasien durch das vielfältigere Unterrichtsangebot gegenüber Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum im Vorteil seien. „Das Stadt-Land-Gefälle ist ein Gerechtigkeitsproblem.“ dpa

## Schule in Berlin

*Philipp ist nun in der 5. Klasse, in Berlin noch immer Grundschule. Die neuen Unterrichtsfächer und der längere Stundenplan beanspruchen ihn doch mehr, so dass er außerschulisch nun nicht mehr aktiv ist. Ich glaub' er ist ganz froh darüber – vielleicht bis auf Fußball.*

*Dafür geht er seit September freiwillig zum Lebenskundeunterricht. In Berlin wird dieses Fach neben, in den Ostbezirken für Religion angeboten. Die Kinder pflegen einen Teich hier im Wohngebiet, planen Aktionen gegen die Schließung eines Abenteuerspielplatzes, stellen Holundermarmelade her und backen Plätzchen. Thema ist alles, was die Kinder interessiert und bewegt: Umgang mit Ängsten und mit Aggressivität, Kennenlernen aller Religionen, Umweltschutz, Nachdenken übers Anderssein u. v. a. m.*

*Neu eingeführt wurde ab diesem Jahr das Wahlpflichtfach zusätzlich zum bisherigen Stundensoll. Je nach Hobby und Können der Lehrer müssen diese verschiedene Kurse anbieten. Zum größten Teil wird Hausarbeit, Kochen, Backen etc. angeboten. Mein Sohn macht „Technischer Modellbau“. Das soll nun der Beginn einer Schulreform sein! Mehr Deutschunterricht wäre viel nützlicher. Philipp ist weit davon entfernt in der deutschen Rechtschreibung einigermaßen sicher zu sein und ist damit keine Ausnahme. Ebenso katastrophal ist die Fähigkeit zu formulieren.*

(Aus dem Brief einer in Ostberlin aufgewachsenen Mutter)

## Kein Grund zur Sorge

Nach der Babypause möchte meine Schwiegertochter (28) unbedingt wieder als Werbetexterin in einer Agentur arbeiten. Ich finde das ziemlich egoistisch, aber mein Sohn (32) hat nichts dagegen. Sie würden sich zuerst eine Tagesmutter nehmen, später käme das Kind in den Ganztagskindergarten. Nun meine Fragen: Wird mein kleiner Enkel (3) keinen Schaden nehmen, wenn er mehrere Bezugspersonen hat, und besteht nicht die Gefahr, daß er sich von den Eltern entfremdet? Vielleicht bekommt er auch einen psychischen Schaden oder wird ein schlechter Schüler? Wie sehen Sie das?

Ingeborg W.

## Gymnasium entwickeln durch innere Schulreform

Kultusministerin Monika Hohlmeier will bei der Weiterentwicklung der bayerischen Gymnasien neben strukturellen Änderungen der Oberstufe einen weiteren Schwerpunkt bei der inneren Schulreform setzen. Bei der Hauptversammlung der Direktorenvereinigung der bayerischen Gymnasien in Würzburg erklärte sie, im Mittelpunkt der Diskussion müssten künftig auch Fragen wie Qualitätsverbesserung des Unterrichts, Art und Weise der Zusammenarbeit des Lehrerkollegiums, neue Formen der Einbindung von Eltern in die Mitverantwortung für die Schule sowie eine Änderung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses vor dem Hintergrund der zunehmenden Eigenverantwortlichkeit junger Menschen stehen. „Die Diskussionen um strukturelle Reformen des Gymnasiums verdecken oft den Blick auf die mindestens ebenso wichtigen inneren Schulreformen“, betonte die Ministerin. Dennoch müssten auch die vielleicht schwierigeren Fragestellungen der Kooperation mit Eltern, Schülern, aber auch der Lehrkräfte untereinander stärker diskutiert werden. Eine zentrale Funktion komme in diesem Prozess den Schulleitern zu. Sie hätten

entscheidenden Einfluss auf die Motivierung des Lehrerkollegiums, die Belebung des Schulforums, die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Schaffung und Stärkung eigenverantwortlicher Aufgabenbereiche für die Schüler. ikm



Da kann ich Sie beruhigen, liebe Frau W.: Kinder leiden viel mehr unter einer unzufriedenen Mutter, die nur ungern zu Hause ist, als unter einer berufstätigen, die sich den ganzen Tag auf ihr Kind freut. Es schadet Ihrem Enkel auch nicht, mehrere Bezugspersonen zu haben. Im Gegenteil, er wird dadurch flexibler und selbstbewußter. Auch eine Entfremdung brauchen Sie nicht zu befürchten: Oft ist die Beziehung von Kindern zu ihren berufstätigen Eltern sogar besonders innig. Im Ganztagskindergarten wird ihr Enkel soziales Verhalten lernen, selbständig werden und Freundschaften mit anderen Kindern schließen. Das ist später in der Schule sogar von großem Vorteil. Also machen Sie sich bitte keine Sorgen, liebe Frau W. Wenn auch Sie ihrem Enkel noch Zeit und Liebe schenken, kommt er mit Sicherheit in keiner Weise zu kurz. FRAU im Spiegel



## Hat Deutschland zu wenig Akademiker?

Schlechte Positionen in der neuen Bildungsstatistik der OECD

Die deutschen Hochschulen bilden nach einer Analyse der OECD viel zu wenig Akademiker aus. Nur jeder vierte deutsche Jugendliche nimmt ein Studium auf. In den USA ist dies mehr als jeder zweite, in Polen, Finnland und Grossbritannien sind es über 40 Prozent. Durchschnittlich studiert in den OECD-Ländern inzwischen mehr als jeder dritte Jugendliche eines Jahrgangs. Schlechter als Deutschland schneiden in Europa nur noch Norwegen, die Schweiz und Griechenland ab. Dies sind Ergebnisse der neuesten OECD-Statistik „Bildung auf einen Blick“.

Durch die geringe Akademikerquote droht nach Ansicht der Experten in Deutschland auf Dauer ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften. Investitionen im High-Tech-Bereich würden so gebremst, erläuterte OECD-Mitarbeiter Andreas Schleicher in Paris. „Hochwertige Arbeitskräfte wie Ingenieure, Informatiker und Ärzte muss sich die Bundesrepublik künftig aus dem Ausland holen, wenn sich nichts ändert.“ Länder, wie Irland, Polen oder Ungarn, hätten inzwischen ein besseres Arbeitskräfteangebot für High-Tech-Firmen als das früher führende Deutschland.

### Wenig effizient und zu lang

Überdies bestehe die Gefahr, dass Deutschland die internationale Entwicklung im Bildungswesen verpasse. Ärmere Länder wie Irland, die Türkei, Ungarn aber auch Grossbritannien haben der Untersuchung zufolge zwischen 1990 und 1996 die Anzahl ihrer Studenten um mehr als 50 Prozent gesteigert. In Deutschland ist sie dagegen etwa konstant geblieben. Von den relativ wenigen deutschen Studenten brechen darüber hinaus viele vor dem Diplom ab. In der Erfolgsstatistik der Hochschulabschlüsse liegt Deutschland hinter dem führenden Ungarn, Japan, Grossbritannien und anderen auf dem neunten Rang. Mit Ausnahme von Ungarn bieten alle vor Deutschland rangierenden Staaten auch kürzere Studiengänge an.

Die Forscher beklagen zugleich, dass das Studium in Deutschland noch immer zu lange dauert. Dadurch wird es auch für den Staat relativ teuer. So gibt Kanada zwar pro Student jährlich ein Drittel mehr aus, das Studium dauert dort aber durchschnittlich nur 2,5 Jahre, und Deutschland

kommt so letztlich pro Student auf um drei Viertel höhere Kosten als Kanada.

In einigen Bereichen gibt es nach Schleichers Worten Zeichen für fehlende Effizienz. So errechnete die OECD – anders als deutsche Hochschulorganisationen – dass ein deutscher Hochschullehrer nur zwölf Studenten zu betreuen hat. Der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag erneut mit 4,5 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 4,9 Prozent.

Schlechte Ergebnisse gab es auch für die Computernutzung an den Schulen: 1995 teilten sich danach in Deutschland 41 Schüler einen Computer. In den USA waren dies elf. Acht OECD-Staaten hatten schon vor drei Jahren einen Computer für weniger als 20 Kinder.

### Bulmahn will mehr Studenten

Die neue Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will zusammen mit den Ländern die deutschen Hochschulen reformieren und mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen. Das Gerede über eine Akademikerschwemme habe sich als „Unsinn“ erwiesen, sagte Bulmahn mit Blick auf die OECD-Statistik. In einzelnen Bereichen fehlten schon heute hochqualifizierte Arbeitskräfte, was sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirke.

Bulmahn kündigte eine deutliche Erhöhung der Ausbaumittel für die Hochschulen an. Hier habe die alte Bundesregierung eine falsche Sparpolitik betrieben. Zugleich sollten die jungen Leute durch Studienreformen schneller auch international anerkannte Studienabschlüsse erwerben können. Die Bundesregierung werde zudem das Dienstrecht für Professoren reformieren, damit auch die deutschen Studenten so betreut werden, wie dies international üblich ist. Als erstes werde jetzt das BAföG reformiert.

### Rektoren: Genügend Akademiker

Die deutschen Hochschulen bilden nach Ansicht der Hochschulrektoren ausreichend viele Akademiker aus. Einen generellen Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften werde es hierzulande nicht geben, sagte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Klaus Landfried. Insbesondere die Annahme, es werde zu wenig Ärzte geben, sei „abwegig“. Zwar fehlten derzeit etwa in der Biotechnologie oder den Informationstechniken Nachwuchskräfte, dies liege jedoch nicht an der Gesamtzahl der Studenten, sondern eher an deren Fächerwahl. Allerdings gebe es mit Ausnahme von Frankreich – in vielen Ländern eine mangelnde Bereitschaft, sich mit naturwissenschaftlich oder mathematisch basierten Fächern auseinanderzusetzen. dpa

## Münchener Merkur

21.1.1999

### Philologen treten auf die Bremse

M ü n c h e n – Die Diskussion um die Einführung der sechsstufigen Realschule (R 6) wird grotesk. Jetzt drückt ausgerechnet derjenige auf die Bremse, den man als einen der „Väter“ des Realschulmodells bezeichnen kann. Rainer Rupp, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, der das Konzept 1991 entwickelt und dafür gekämpft hat, will nun die Einführung der R 6 hinauszögern. „Ich bedaure das äusserst“, betonte er gegenüber unserer Zeitung.

Seine Beweggründe sind leicht zu durchschauen. Die R 6 kostet nämlich viel Geld. Von rund einer Milliarde Mark sprechen die Finanzexperten. Rupp wehrt sich nun vehement dagegen,

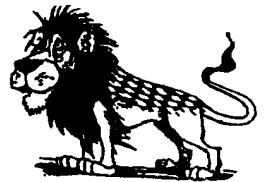
dass andere Schularten dafür „bluten“ müssen. „Es kommt überhaupt nicht in Frage, dass Gymnasial-, Volksschul- oder Berufsschullehrer durch Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen Opfer der Realschulreform werden“, wettet er.

Schon jetzt fehlen laut Rupp wegen der steigenden Schülerzahlen 3000 Lehrerplanstellen. Mit der Reform benötigte man zusätzlich 1000. Dies lässt sich jedoch nicht finanzieren. Laut Rupp ist bereits eine Arbeitszeiterhöhung um eine Stunde im Gespräch. Zudem soll das Arbeitszeitkonto ausgeweitet werden. Für Lehrer sind dies natürlich unzumutbare Belastungen.

Dass die Entscheidung pro R 6 ausgehen wird, scheint klar. Für diesen Fall schließt Rupp juristische Schritte nicht aus: „Ich würde bis zur letzten Instanz gerichtlich dagegen vorgehen.“

Für ihn ist die Finanzierung zu diesem Zeitpunkt wegen der steigenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren nicht seriös. Da das Kultusministerium ohnehin schon acht Jahre gewartet habe, spiele eine Verzögerung für weitere vier Jahre keine Rolle mehr.





## Im Stau der Reformen

### Bayerns schulpolitische Gemengelage zum Jahreswechsel

Von Rainer Rupp

„Reformstau“ hieß in vergangenen Jahren eine der Vokabeln, mit denen man – auch im Schulwesen – die mangelnde Bereitschaft zur Veränderung beklagte. Die gesamte Gesellschaft, so die Kritik, sei mit allen ihren Institutionen der Bequemlichkeit und Leihträge verfallen, verharre in scheinbar bewährten Positionen, sei nicht bereit zum Risiko. Was die Schule betraf, wollten manche Kritiker gar schon die verfassungsmäßige staatliche Schulaufsicht beseitigen, um durch Autonomie einen sich perpetuierenden Veränderungsprozess einzuleiten.

Der Reformstau war aber auch eine Folge der Finanznot der Länder. Jede noch so geringe Veränderung – sei es bei den Pflichten und/oder im Wahlunterrichtsangebot, sei es bei den Belegpflichtungen in der Oberstufe oder der Genehmigung einzelner Kurse – wurde peinlich genau auf ihre personellen Konsequenzen hin überprüft und war von vornherein absolet, wenn auch nur eine einzige zusätzliche Planstelle dafür gebraucht worden wäre. Strikte Planstellenneutralität hieß im Hinblick auf steigende Schülerzahlen das allein bestimmende Prinzip. Mit dem Begriff „Reform“ wurde stattdessen daher nur noch bemittelt, was Kosten sparte und weiteres Geld in die Kasse brachte. Was Wunder, dass sich bei den Betroffenen weniger Reformmüdigkeit, denn ein gewisser Argwohn gegenüber allem breit machte, was unter dieser Bezeichnung daherkam.

Schwelgen in Reformmodellen  
Seit einigen Wochen – genauer gesagt, seit der letzten Regenerungsbildung – scheint in Bayern alles anders zu sein. Inmitten des Kulturministeriums hat – so zumindest der Anschein – ein verbessertes Weltverständnis der verschiedenen Schulabteilungen dahingehend begonnen, wie

iere jährlich 500 zusätzlichen Planstellen, die zur Bewältigung des Schülerzuwachses mühsam genug erkämpft und geschaffen wurden, nun für Reformmodelle verpackt werden können, ohne wirklich dem ursprünglichen Zweck zu dienen. Der Anstoß hierzu kam selbstverständlich ausgerechnet von jenen, die vorher strikte Kostenneutralität gepredigt hatten, nämlich Staatsregierung und Regierungen. Für den Wahlkampf wüsste man Spektakuläres. Die Verwallung folgte notens vobis.

Man braucht nur des Regierungsprogramm und die Regierungserklärung nachzulesen, um das bestätigt zu finden. Folgende planstellenintensive Maßnahmen sind dort für die nächsten fünf Jahre genannt: Ausbau der Tagesschulangebote ab Mitte der Legislaturperiode, Einführung der kind- und familiengerechten Halbtageschule ab dem kommenden Schuljahr, Ausbau der Mittagsbetreuung an Volksschulen bis 14.30 Uhr, schrittweise Erweiterung der Stundentafel an Grundschulen, Erweiterung des Angebots an freiwilligen 10. Hauptschulklassen, Ausweitung der Schulversuche mit dem Europäischen Gymnasium I, II und III. Schulaufsicht zur Verknüpfung des Gymnasiums für besonders begabte SchülerInnen und Schüler. Absurderweise ist nämlich selbst diese auf weniger Bildung ausgerichtete Maßnahme zumindest in den ersten sechs Jahren nicht ohne zusätzliche Personalleistungs zu haben, vermutlich auch später nicht.

Pakt für Bildung im Gefahr  
Wir scheinen also aus dem Vollen zu schöpfen, und eigentlich müsste sich ein Lobbyist ja freuen, wenn Regierung und Landtag so viele Reformvorhaben anklängen, für die man mehr Lehrer braucht. Leider aber, so die Erfahrung, ist mehr Lehrer brauchen und mehr Lehrer einstellen nicht immer dasselbe.

Der durch den Bayerischen Philologenverband vorgeschlagene „Pakt für Bildung“ ist die Planstellenverteilung dem Bedarf von Schülerzuwachs und abnahme folgt. Die Bindung zusätzlicher Planstellen durch Stundenausweitung lässt nur zwei Möglichkeiten offen: Schaffung weiterer Planstellen oder Benachteiligung der SchülerInnen, deren Schülermaximum später erreicht wird, also des Gymnasiums und beruflicher Schulwesens. Sie müssten in diesem Falle nicht nur ihre steigenden Schülerzahlen, sondern auch die eigenen

Reformvorhaben durch zusätzliche Verschlechterungen der Unterrichtsleistung ihrer Schüler und der Arbeitsbelastung ihrer Lehrer teuer bezahlen. Dem letzten beifügen bekanntlich die Hunde!

Verwirrend stellt sich derzeit auch die Lage um die Einführung der sechsstufigen Realschule dar. Vom BLV wütend bekämpft, entwickelte sich die Auseinandersetzung um diese – soweit es Realschulen gibt – im gesamten Bundesgebiet übliche Schulform zum Glaubenskrieg. Die Drohung eines Volksbegehrens schreckt die durch das Senatsergebnis offensichtlich doch stark verschüchterte Regierungskolonne sehr, dass sie nach massiven Spannungen gebeten sucht. „F-7“ heißt die Zauberformel, also die Differenzierung der Haupt- und Mittelschule ab Jahrgangsstufe 7 für ein freiwilliges 10. Hauptschuljahr. Gleichzeitig sollen die Versuche mit der sechsstufigen Realschule vorsichtig ausgeweitet werden, die vierstufige Realschule aber weiterhin bestehen bleiben.

Was entsteht, ist die typische Situation einer verfahrenen Straße, in die noch zusätzliche Autos eingeleitet werden: Es kommt zum Stau. Die eine Reform behindert die andere. Nicht der Reformstau, nicht der mangelnde Wille zur Veränderung ist das Problem, sondern der Überfüllung. Wir stehen im Stau zu vieler gleichzeitiger Reformen und – das Hauptproblem bei allem – der Treibstoff geht zur Neige.

Im Überschwang einer gewonnenen Wahl und unter dem Druck, in einer Medien-gesellschaft ständig Neues bieten zu müssen, hat man nämlich offensichtlich vergessen oder verdrängt, was das schulpolitische Hauptthema zu Beginn des Jahres 1998 war: die Bewältigung des Schülerbezugs, besser der wachsenden Schülerzahlen, die uns die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre beschäftigen wird, bis die Welle schließlich die Oberstufen und Universitäten durchlaufen hat. Hierfür hat die Staatsregierung im März 1998 den als „Kraftakt“ getragenen Beschluss von insgesamt 2500 Stellen in den nächsten fünf Jahren gefasst. Hierfür sollten die von den Lehrern nicht gerade überschwänglich begrüßten Arbeitszeitkonten eingerichtet werden.

Während des Wahlkampfes wurde ein Teil dieser Reserven bereits in die Rückgabe von Stellen an die Grundschule investiert, während sich versprochen. Die Prinzipalwünschenswerte Differenzierung der Hauptschule und die Einführung

schlüssiger Realschulen bei gleichzeitigem Fortbestehen ihrer vierstufigen Form gäbe dem Ganzen den Rest.

Schadensbegrenzung nötig  
Das bewährte Drohpotential personalpolitischer Engherzheit – die Arbeitszeitverlängerung – steht daher schon wieder deutlich im Raum, während die Schulabteilungen des Ministeriums in enger Konzentration auf das eigene Gärtlein und auf das Gesamtproblem an diversen Verschönerungsvorschlägen basteln. Beginn des Jahres 1999 nicht besser als als zum Jahreswechsel '98. Es ist eine absurde Situation, und es ist höchste Zeit für Schadensbegrenzung!

Wom kann diese bestehen? Zunächst einmal in der alle politischen Kräfte, alle Verbände und das gesamte Ministerium umfassenden Besinnung auf das Hauptziel, nämlich die Lehrer in ihrer Gesamtheit und in der Arbeit zu unterstützen. Dabei muss der Punkt klar sein, dass eines nicht in Frage kommen kann: der Arbeitszeitkonten für Reformprojekte, die man wirksam darstellen kann, und zugleich eine Arbeitszeitverlängerung für den Anstieg der Schülerzahlen – oder umgekehrt. Die Lehrer in ihrer Gesamtheit sind aufgrund verschiedenster Faktoren, die zur Genüge bekannt sind, über Gebühr belastet. Sie können nicht die Zügel der Politik bezähnen.

Wer daher glaubt, zur Lösung des Problems auf populistische Vorurteile zurückgreifen zu können, möge diesen Gedanken schmerzlich verwerfen. Er rädert eine massive Verschlechterung des pädagogischen Klimas an unseren Schulen. In der Konsequenz muss es daher auch aufhören, dass einzelne Schulabteilungen, einzelne Lehrerorganisationen zu Lasten anderer Bereiche ihre Reformideen umzusetzen trachten. Was aus eigener Kraft nicht geht, bedarf angesichts der enorm steigenden Schülerzahlen eben der Modifikation und der zeitlichen Streckung, bis sich die Lage entspannt. Was der sogenannte politische Wille erzwingen möchte, möge er konsequenterweise auch durch zusätzliche Stellen und Mittel unterfüttern.

Der Bayerische Philologenverband hat sich übrigens in dieser Beziehung nichts vorzureden. Von ihm stammte der als „Pakt für Bildung“ bekannt gewordene Vorschlag eines ausgewogenen Verhältnis-

ses von zusätzlichen Planstellen und zeitlich befristeten Arbeitsverträgen. Seine Reformvorschläge einer veränderten Mittelstufe und einer neuen Oberstufe waren strikt kostenneutral. Das Argumente an der Augenblicklichen Gemengelage ist, dass selbst solche Ansätze als Folge der, an anderen Fronten ausgelagerten schulpolitischen Rängeleien auf Eis gelegt werden.

Strukturelle Blockade löst  
Noch geeigneter, freilich ist die Lähmung, welche die strukturelle Blockade bei inhaltlichen Prozessen hervorruft und für die nächste Zeit bewirken wird. Es ist zwar eine in Diskussionen vielgehörte und auch viel beklagte Formel, dass inhaltliche Fragen der Schulleitung wichtiger seien als strukturelle, sie gilt aber nur, solange organisatorische Änderungen nicht heranzustehen, solange das äußere Gerüst also stabil bleibt. In unsern jetzigen Diskussionen aber ist diese Formel ein Verhinderungsargument, denn wohin sollen inhaltliche Reformen gehen, wie soll beispielsweise ein Lehrplan aussehen, wenn nicht klar ist, welche Struktur die Mittelstufe des Gymnasiums, welche Form die Oberstufe haben wird, ob das Gymnasium neukonzipiert bleibt, ob die bisherige Struktur der Lehrpläne und der bisherigen Unterrichtsinhalte oder das Europäische Gymnasium I, II oder III gleichsam Standard werden sollen.

Insofern ist eben auch der ausgesprochenen Versuch eines verkürzten Gymnasiums, das noch dazu für viele Jahre zusätzliche Stellen kostet und das außer einigen Politikern in der CSU und einigen in ihrem familiären Handeln durchaus nicht immer gleichermäßen konsequenten Wirtschaftshumburg, die inhaltliche Reform – beispielsweise die der Lehrpläne und der Unterrichtsmaßnahmen – wäre das Schweißes der Edlen wert und eine schöne Aufgabe gerade auch für einen Berufsverband, denn die Stimme der Praxis ist in solchen Fragen ein wichtiges Pendant zu theoretischem Überschwang. Die Richtung freilich müssen vornehmlich sein, und sie wird bestimmt durch den organisatorischen Rahmen.

Statt die durch TIMSS und den Mathematikausgaben Fragen – die keineswegs nur dieses Fach betreffen und die auch nicht in kurzschrittigen Panikreaktionen zu klären sind – statt also diese Fragen anzugehen, müssen wir uns, so hat es den Anschein, zu Beginn des Jahres 1999 in einen neuen Kampf um Planstellen und Lehrerstunden stürzen. Wir werden diese Auseinandersetzung gerade auch

vor dem Hintergrund einer durch Teilung des Ministeriums erzwungenen neuen Wahl zum Hauptpersonalrat gleichsam unter verschärften Bedingungen zu bestreiten haben. Das macht nicht gerade Mut, es verleiht höchstens zur Wut der Verzweiflung gegenüber einer Politik, die immer wieder auf alte Klischees zurückzugreifen gewillt ist, einschließlich des Dauerbrenners einer Verkürzung des Gymnasiums.

Tradition verpflichtet  
Wir werden diese Herausforderung annehmen, ermutigt auch durch ein kleines Jubiläum unseres Verbandes, das es am 7. Februar zu feiern gilt, denn exakt an diesem Tag vor 50 Jahren gründeten Männer wie Dr. Karl Bosl, Dr. Friedrich Schuh und Dr. Hans Cramer den 1936 aufgelösten Bayerischen Philologenverband neu. Auch damals ging es – freilich unter heute unvorstellbaren, vielfach schlimmeren Vorzeichen – um zu wenige Lehrer für zu viele Schüler. Auch damals ging es um die Dauer des Gymnasiums, unter umgekehrten Vorzeichen allerdings, denn die Nationalsozialisten hatten es mit Brachlage welt gekürzt. Und auch damals ging es um eine inhaltliche Erneuerung, die sich natürlich in ihren Dimensionen ebenfalls gewaltig von dem unterschied, was wir heute zu leisten haben.

Der Bayerische Philologenverband elabiert sich in jener Zeit als Anwalt der Lehrkräfte des höheren Schulwesens. Er innert sei nur an den berühmten Assessorprozess. Der Mittelfranke Dr. Hans Cramer, Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Neues Land“, formulierte damals Grundsätze, die 50 Jahre später unvermindert Gültigkeit haben: Es könne nicht Aufgabe des Verbandes sein, Empfindlichkeiten zu schonen, schrieb er. Aufgabe des Bayerischen Philologenverbandes sei es vielmehr, sich der Förderung und der Wahrung des Ansehens sowie der beruflichen und materiellen Zufriedenheit der Gymnasiallehrer anzunehmen. Sien-despolitische Fragen seien immer auch – zugleich schulpolitische Fragen –, denn nur ein Lehrer, der nicht überlastet der zufrieden sei, verbringe eine leistungsfähige Schule. Was die Innere und inhaltliche Erneuerung des Gymnasiums betraf, formuliert Dr. Hans Cramer selbstbewusst, dass nur der Bayerische Philologenverband in der Lage sei, einen drohenden Stillstand zu verhindern.

Tradition verpflichtet – und daher auf ein Neues – 1999!

## Das Gymnasium in Bayern

VERBAND DER BAYERISCHEN PHILOLOGEN

VERBAND DER BAYERISCHEN PHILOLOGEN

VERBAND DER BAYERISCHEN PHILOLOGEN